Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 67. Berlin, Mittwoch, 20. August 1913. Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zur Bewegung auf den Werften. — Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). — Der wirtschaftliche Niedergang. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Zur Bewegung auf den Werften.

Leider ist der Friede auf den Seeschiffswerften noch nicht völlig wieder hergestellt. Während die Arbeiter, der Aufforderung ihrer Organisationsleitungen folgend, bereit sind, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, machen die Unternehmer allerhand Winkelzüge, die die Wiederaufnahme der Arbeit erheblich erschweren. Wollen sie damit zeigen, daß sie die Sieger und die Arbeiter die Besiegten sind, oder wollen sie gar die Arbeiter provozieren? Man hat versprochen, daß keine Maßregelungen stattfinden sollen. Die Art aber, wie man die Arbeiter wieder in die Betriebe läßt, erweckt doch den Anschein, als wenn man eine Auslese vornehmen wollte. Schon daß die Einstellung der Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis erfolgen soll, ist verdächtig. Eine ganze Anzahl der sich Meldenden hat man dort einfach zurückgewiesen. Das sieht doch einer Maßregelung verteufelt ähnlich, und man kann es sehr wohl verstehen, wenn unter den Arbeitern sich eine starke Mißstimmung zeigt und man hier und da von der Wiederaufnahme der Arbeit nichts wissen will. Dazu kommt nun noch eine Mitteilung, daß auf einer Konferenz der Unternehmer erklärt worden ist, sie würden am 20. August die Arbeitsnachweise wieder schließen, wenn sich im Laufe des Montag und Dienstag nicht an allen Werftorten die Arbeiter sämtlicher Gewerke, den Anforderungen der Arbeitsnachweise entsprechend, zur Wiederaufnahme melden. Es ist sehr zu bedauern, daß durch all diese Dinge die ohnehin recht schwierige Situation in den Werftorten noch verschärft wird. Sollte es, was wir nicht hoffen, dadurch zu neuen Kämpfen kommen, dann würde die Verantwortung dafür einzig und allein die Unternehmer treffen, die sich offenbar von einigen Scharfmachern völlig ins Schlepptau nehmen lassen.

Für die Scharfmacher — das haben wir bereits früher dargetan — waren ja die wilden Streiks in den Werftorten ein gefundenes Fressen. Höhnend riefen sie aus: Seht, auf die Organisationen der Arbeiter ist kein Verlaß. Die Massen gehorchen ihren Führern ja doch nicht. Die Arbeiterverbände können nicht als bündnisfähig angesehen werden. Von einer Anerkennung der Organisationen kann also keine Rede sein. So oder ähnlich konnte man in der „Arbeitgeber-Ztg." und in anderen Blättern lesen. Und merkwürdig, die Scharfmacher im Unternehmerlager begegneten sich hier mit den Scharfmachern, die in der sozialdemokratischen Presse ihr Unwesen trieben. Wie hat man da der Masse geschmeichelt und die Streikenden gegen ihre Führer aufgehetzt, sodaß diese, obwohl sie zum großen Teil selbst Sozialdemokraten sind, energisch dagegen Stellung nehmen mußten.

Wer auch nur etwas nüchternen Verstand besitzt, dem müßte das Verhalten der Scharfmacher zu denken geben. Alle besonnenen Elemente in der Arbeiterschaft, gleichviel, welcher Richtung sie angehören, müssen alles daransetzen, daß die Organisationen ausgebaut und in ihren Einrichtungen so gestaltet werden, daß sich solche Vorgänge, wie sie sich in den letzten Wochen an der Wasserkante abgespielt haben, nicht wiederholen können. Noch einige solcher wilden Streiks, und was in jahrelangen mühevollen Kämpfen errungen ist, die Anerkennung der Organisation, sie ist dahin und wird dann nicht so leicht wieder durchgesetzt werden können. Die Angelegenheit ist so ernst, daß es sich wohl verlohnt, noch einige Betrachtungen daran zu knüpfen. Wir wollen dabei nicht noch einmal den ganzen Gang der Entwickelung schildern.

Die Bewegung nahm ihren Anfang in Hamburg, als die Verhandlungen mit den Unternehmern noch schwebten. Als auch in Kiel und Flensburg die Arbeiter aus den Betrieben liefen, wurde an alle Werftorte seitens der Organisationsleitungen ein Zirkular geschickt, durch welches die Arbeiter ermahnt wurden, nicht in den Streik zu treten, bevor sie nicht die Anweisung von der Organisationsleitung erhalten hätten. Im andern Falle müßten sie die Verantwortung allein tragen und auf Unterstützung verzichten. Trotzdem kam es auch in Stettin und andern Orten zum Streik. Die Organisationsvorstände machten nun das wahr, was sie angekündigt hatten. Sie lehnten die Anerkennung der Streiks und damit die Streikunterstützung ab. Die Folge war eine ungeheure Erbitterung unter den Beteiligten, die sich hier und da in nicht gerade parlamentarischen Ausdrücken Luft machte. Das ist menschlich begreiflich. Aber ebenso selbstverständlich war die Haltung der Hauptvorstände, so schwer ihnen dieselbe auch gefallen sein mag. Sie durften aber nicht anders handeln, als sie gehandelt haben. Sie bestehen aus Männern, die getragen von dem Vertrauen der Mitglieder auf ihre Posten gestellt worden sind, um dafür zu sorgen, daß die in demokratischer Verfassung gegebenen Gesetze, das sind die Statuten, innegehalten werden. Wenn man diese selbstgegebenen Gesetze ohne weiteres über den Haufen werfen dürfte, wenn jeder machen könnte, was er will, dann risse die Anarchie ein. Was vor kurzem in den Werftorten passiert ist, das kann dann in allernächster Zeit auch anderswo eintreten. Und was den Werftarbeitern recht ist, das ist schließlich den andern Mitgliedern der Organisation billig. So darf es in einer großen Gemeinschaft, die auf Zentralisation beruht, nicht hergehen. Ohne Zentralisation aber geht es nun einmal in der Arbeiterbewegung nicht; das zeigt deutlich ihre Geschichte, denn die lokalistischen Organisationen sind zu vollständiger Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Aber auch die Rücksicht auf das Unternehmertum mußte die Hauptvorstände beeinflussen. Man komme uns nicht mit dem Einwand: Was gehen uns die Unternehmer an? Solange wir die jetzige Gesellschaftsordnung haben, ist der Unternehmer der Faktor, mit dem die Arbeiter zu rechnen haben. Will man die Unternehmer oder ihre Organisation dahin bringen, daß sie mit den Vertretern der Arbeiter in Verhandlungen eintreten, dann müssen sie auch die Ueberzeugung haben, daß die Massen hinter ihren Führern stehen. Würden solche Vorgänge, wie sie sich in den Werftorten abgespielt haben, von den Organisationsleitungen gebilligt, dann könnten die Unternehmer auf jedes Angebot eines Arbeiterführers erklären: Ach was, wozu sollen wir mit dir verhandeln; du hast ja deine Leute doch nicht hinter dir. Welchen schweren Schaden würde dadurch nicht allein der Tarifgedanke erleiden, der sich in den letzten Jahren so siegreich Bahn gebrochen hat!

Und auch die öffentliche Meinung soll man nicht unterschätzen. Es gibt Bewegungen, die durch die Sympathien der Oeffentlichkeit einen günstigen Verlauf genommen haben; es gibt aber auch solche, die gescheitert sind, lediglich weil die öffentliche Meinung Stellung gegen die Arbeiter nahm. Es besteht aber kein Zweifel, daß die gesamte Arbeiterbewegung die öffentliche Sympathie verloren hätte, wenn solche wilden Streiks von der maßgebenden Stelle unterstützt worden wären.

Es ließe sich noch vieles andere hier anführen, was für die Haltung der Organisationsleitungen spricht. Das Gesagte aber wird für jeden genügen, der logischen Erwägungen zugänglich ist. Das Ergebnis jahrzehntelanger Organisationsarbeit stand auf dem Spiele. Da mußten die verantwortlichen Männer ohne Rücksicht auf Angriffe und Verdächtigungen, die von allen Seiten auf sie herniedergingen, alles einsetzen, um die Disziplin hochzuhalten und damit das Ansehen der Organisationen aufrecht zu erhalten. Bei dem ruhigen Teil der Arbeiterschaft haben sie überall Verständnis gefunden, und auch die beteiligten Kreise sind mehr und mehr zur Einsicht gelangt, daß die Leiter der Organisationen gerade in diesen schweren Zeiten gezeigt haben, daß sie das Vertrauen verdienen, das man ihnen geschenkt hat. Mögen auch diejenigen, die jahraus jahrein in persönlicher Berührung mit den Arbeitern stehen, ihre Aufklärungsarbeit so leisten, daß solche wilden Streiks für die Zukunft niemals wiederkehren.

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.).

Seit Anfang dieses Jahres haben wir in unserer Gewerkvereinspresse wiederholt auf die Pläne einer billigen Volksversicherung hingewiesen, die nunmehr verwirklicht sind, sodaß die Tätigkeit begonnen werden kann. Im Laufe der nächsten Tage werden allen Ortsvereinen die Drucksachen unserer Volksversicherung zugestellt, auch die entsprechenden Informationen für die Vertrauensmänner.

Unsere Volksversicherung hat zwei Grundarten. Die eine beruht auf unsern eigenen Kasseneinrichtungen, die andere auf Vertrag mit der Deutschen Volksversicherungs-A.-G. Zur ersteren Art gehören die Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine und die Versicherungskasse des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. In beiden Kassen können die Gewerkvereiner zu mäßigen Beiträgen Versicherungen abschließen bis zu 500 Mark auf den Todesfall. Das nähere hierüber wollen unsere Kollegen aus den Drucksachen der beiden Kassen ersehen. Die Drucksachen der Verbandskasse sind bereits zur Versendung gelangt. Die Kasse der Maschinenbau- und Metallarbeiter tritt am 1. Oktober in ihrer erweiterten Verfassung in Kraft. Die Drucksachen kommen rechtzeitig vorher zum Versand.

In der Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine können Versicherungen nach vier verschiedenen Arten bis zum Höchstbetrage von 1500 Mk. zum Abschluß gebracht werden. Tarif I betrifft eine Sterbegeldversicherung, Tarif II eine Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, Tarif III eine Versicherung mit festem Auszahlungstermin und Tarif IV eine Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren.

Unser ausschließlich dem Gemeinwohl dienendes Unternehmen bezweckt die Förderung der Volkswohlfahrt durch Verbesserung, Verbilligung und weiteste Verbreitung der Volksversicherung in Stadt und Land. Unser Bestreben ist darauf gerichtet, den minderbemittelten Volkskreisen eine möglichst vorteilhafte Gelegenheit zu

bieten, im Wege der Selbsthilfe Frauen und Kinder für den Fall des Todes ihres Ernährers sicherzustellen, den Versicherten selbst eine Altersversorgung zu verschaffen und für die mannigfachen sonstigen Bedürfnisse, die an eine Familie herantreten, (z. B. Schulentlassung, Militärdienst, Ausstattung der Kinder) Vorkehrungen zu treffen.

Von dem Jahresgewinn des Unternehmens sind mindestens 80 Proz. an die Versicherten zu überweisen. Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats oder des Vorstandes findet nicht statt. Der Aufsichtsrat übt sein Amt als unbesoldetes Ehrenamt aus. Die Wahrung des gemeinnützigen Zwecks wird durch einen vom Reichskanzler bestellten Reichskommissar überwacht. In dem Aufsichtsrat der Gesellschaft, der insbeondere über die Anstellung und Entlassung der leitenden Beamten und über die Anlage der Kapitalien verfügt, wird auch unser Verband vertreten sein. Der Außendienst ruht zum wesentlichen Teile in den Händen der Organisation, die sich der Deutschen Volksversicherungs-A.-G. angeschlossen haben. Alle Arbeiten, insbesondere das Anwerben neuer Versicherungsnehmer und das Einziehen der 14tägigen Beiträge, werden daher von unseren Verwaltungsstellen und Vertrauensmännern nebenher mitbesorgt. Nur so war es möglich, die Geschäftsunkosten herabzudrücken und die Versicherungen besonders günstig zu gestalten.

Keine andere Volksversicherung ist so günstig!

Bei unserer Volksversicherunng kann sich jeder versichern lassen, ohne Unterschied des Standes und Geschlechts. Auch ist es nicht erforderlich, daß der Versicherungsnehmer Mitglied eines unserer Gewerkvereine ist. Jeder ist uns herzlich willkommen, und jeder hat in unserer Volksversicherung gleiche Rechte und gleiche Pflichten.

Die Beiträge sind alle 14 Tage im voraus zu entrichten. Als regelmäßiger Beitrag können 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 100, 120, 150, 200, 250, 300, 400, 500 Pfennig gezahlt werden. Der gleichzeitige Abschluß mehrerer Versicherungen ist gestattet.

Unsere Tarife weisen so hohe Versicherungssummen auf, wie sie früher in der Volksversicherung unbekannt waren. Sie verteilen die Leistungen auf die Gesamtheit der Versicherten in einer bisher unerreichten Vollendung.

Wenn sich unsere Gewerkvereiner erst in das ihnen zugänglich gemachte Material vertieft haben, werden sie sich überzeugen, daß sie sich nirgendwo so billig und vorteilhaft versichern können, wie in unsern eigenen Kassen und in der Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine. Die sozialdemokratische „Volksfürsorge" wird durch unsere Einrichtungen weit überholt.

Grundsatz muß es daher für alle Gewerkvereiner sein, überall mit Energie für unsere Volksversicherung einzutreten. Wenn sich andere Versicherungsgesellschaften an uns heranzudrängen versuchen, so weise man sie ab. Unsere Einrichtungen sind gut, zuverlässig und von Vorteil für alle Volkskreise.

Und nun an die Arbeit! Kein Gewerkvereiner entziehe sich der Pflicht, mitzuwirken an der Ausbreitung unserer eigenen Versicherungskassen und unserer Volksversicherung. Möge unserm Volke reicher Segen daraus erblühen!

Karl Goldschmidt,
Verbandsvorsitzender.

Der wirtschaftliche Niedergang.

Seit etwa vier Jahren haben wir, von einzelnen Industrie- und Gewerbszweigen und von lokalen Abweichungen abgesehen, eine Zeit der Hochkonjunktur, die namentlich in den Hauptindustrieländern eine bedeutende Vergrößerung der Industrieanlagen mit sich brachte. Bis vor wenigen Monaten noch wurden Ankündigungen, daß es mit der bisherigen Hochkonjunktur zu Ende gehen könne und daß wieder mit schlechteren Zeiten gerechnet werden müsse, ziemlich skeptisch aufgenommen. Verschiedene Anzeichen und Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben und auf dem Arbeitsmarkte deuten aber jetzt doch darauf hin, daß sich die Kurve wieder nach unten neigt, und voraussichtlich werden schon die nächsten Monate, namentlich die ersten Wintermonate, eine bedeutende Erhöhung der Arbeitslosenziffern bringen. Ob sich der zweifellos begonnene wirtschaftliche Abstieg zu einer Krise auswachsen wird, läßt sich heute allerdings noch nicht beurteilen; denn verschiedene Momente wie der Ausfall der Ernte in den einzelnen Ländern, die Frage, ob die Balkanstaaten und die Türkei nach Abschluß des Friedens sofort imstande sein werden, das Reformwerk zur Wiederherstellung der während des Krieges vernichteten wirtschaftlichen Werte zu beginnen und anderes können bei dem wirtschaftlichen Niedergang verschärfend oder auch erleichternd einwirken.

In den letzten Tagen ist darauf hingewiesen worden, daß im Reiche bei den Steuern, Zöllen und Gebühren ein nicht unwesentlicher Rückgang eingetreten ist. Diese Mindereinnahme ist aber nicht der einzige Beweis, der für einen Rückgang im wirtschaftlichen Leben spricht. Auf dem Arbeitsmarkte, bezüglich der Zahl der Arbeitslosen ist dieser Beweis schon seit längerer Zeit vorhanden. Aus den meisten Industriezweigen wird darüber geklagt, daß die Zahl der Arbeitslosen zunimmt und daß sich die Perioden der Arbeitslosigkeit für den einzelnen ständig verlängern. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in Berlin. Ein Gewerbe, das hier gänzlich darniederliegt, ist das Baugewerbe. Trotzdem schon viele Bauarbeiter in andere Berufe übergegangen sind und dadurch das Angebot auf dem Arbeitsmarkte verringert haben, ist die Zahl der Arbeitslosen doch ganz außerordentlich groß. Selbst jetzt im Sommer, sonst die Zeit der flottesten Bautätigkeit, sind die Bauarbeiter in Berlin froh, wenn sie von je zwei Wochen eine Woche Arbeit haben. Viele Bauarbeiter, darunter auch solche, die schon jahrzehntelang in Berlin ansässig sind, haben ihre Familien zurückgelassen und arbeiten in anderen Orten, wo die Bautätigkeit noch etwas flotter geht. Wenn ein so weitverzweigtes Gewerbe wie das Baugewerbe, das so viele Rohmaterialien verbraucht, sticht geht, so müssen naturgemäß auch andere Erwerbszweige darunter leiden, und das läßt sich wiederum in Berlin sehr deutlich beobachten. Unter der Krise auf dem Berliner Baumarkt haben besonders auch die Fuhrunternehmer zu leiden, die mit ihren Gespannen Baumaterialien fahren. Viele mittleren und kleineren Fuhrunternehmer sind fast nur auf den Transport von Baumaterialien eingerichtet, und da es jetzt für die Gespanne wenig Arbeit gibt, müssen diese Unternehmer Pferde verkaufen, Kutscher und anderes Personal entlassen. Auch die Schiffer, die Baumaterialien nach Berlin bringen, Ziegeleien, Kalköfen, Holzlieferanten, Ofenfabriken usw. haben unter der Krise im Berliner Baugewerbe schwer zu leiden. Ebenso können Maler, Glaser, Dachdecker, Töpfer, Bauschlosser, Rohrleger, Einsetzer, Klempner nur sehr schwer Beschäftigung finden. In verschiedenen Baugewerben wird auch über einen Rückgang der Löhne geklagt, weil sich Arbeiter, um nur überhaupt Arbeit zu finden, selbst zu niedrigeren Löhnen anbieten.

Ganz besonders traurig liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Berliner Holzindustrie. Hier ist die Zahl der Arbeitslosen in einer Weise gestiegen, wie es selbst in schwereren Krisenzeiten noch nicht beobachtet worden ist; außerdem wird nicht selten bei herabgesetzten Arbeitszeiten gearbeitet. In dieser hohen Zahl der Arbeitslosen in der Holzindustrie kommt nicht allein das Darniederliegen des Baugewerbes zum Ausdruck; auch in der Möbelbranche und in anderen Zweigen der Holzindustrie sind sehr schlechte Zeiten eingekehrt. Vielleicht weil in den letzten Monaten der politische Horizont nicht immer ungetrübt war und möglicherweise auch, weil in den Kontoren der Kaufleute und Fabrikanten schon längere Zeit ein geringeres Eingehen von Aufträgen zu bemerken war, hat sich der Absatz von Möbeleinrichtungen stark vermindert. Und nicht nur der Absatz von feinen Möbeln ist stark zurückgegangen, auch billigere Möbel werden in viel geringerem Umfange gekauft.

Aber noch in anderen Industriezweigen zeigt sich eine Verschlechterung des Beschäftigungsverhältnisses. Die Unsicherheit, die dadurch hervorgerufen wird, überträgt sich auch auf andere Bevölkerungskreise. So klagen auch die Hauswirte neuerdings stark über Mietsausfälle und über einen schleppenden Eingang der Mieten und darüber, daß Wohnungen nur schwer vermietet werden können. Bedeutende Ausfälle entstehen den Hauswirten weiter, weil viele Läden leerstehen. Das ist namentlich in den Außenbezirken Berlins der Fall. Ebenso klagen Kleinkaufleute, Schlächter, Bäcker und andere Handwerker über schlechten Geschäftsgang und über die Zunahme des Borgunwesens. Dagegen haben die Pfandleiher einen starken Zulauf.

Bis vor kurzem konnte die Konjunktur in den verschiedenen Teilen Deutschlands immer noch günstiger beurteilt werden als in Berlin. Aber es zeigt sich jetzt, daß auch in anderen Industriebezirken, in Groß- und Mittelstädten, mit schlechteren Verhältnissen gerechnet werden muß. Im Norden und Süden, im Osten und Westen Deutschlands, überall kommen Zeichen vermehrter Arbeitslosigkeit und verringerter Unternehmungslust zum Vorschein. In einem Handschreiben, das der Prinzregent von Bayern vor wenigen Wochen an den bayerischen Minister des Innern gerichtet hat und in dem der Minister aufgefordert wurde, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in Erwägung zu ziehen, wird ausdrücklich hervorgehoben, daß von verschiedenen Seiten über eine allgemeine Zunahme der Arbeitslosigkeit berichtet worden ist.

Während der beiden letzten Hochkonjunkturperioden trat mehr als bei früheren die Erscheinung hervor, daß sich in Deutschland besonders der „innere Markt" befestigte, daß ein wesentlicher Teil der mehr hergestellten Erzeugnisse in Deutschland selbst abgesetzt werden konnte. Vielleicht ist auf diese Weise in Deutschland eine gewisse „Sättigung" eingetreten, die erst überwunden werden muß, bis sich der innere Markt wieder erholen kann. Der Umstand, daß in Deutschland selbst mit verringerten Umsatzziffern gerechnet werden muß, müßte aber zu noch schlimmeren Folgen führen, wenn auch der Export von Fabrikaten wesentlich zurückgehen würde. Das würde nicht nur zu weiteren Arbeiterentlassungen führen, für so manche Unternehmungen müßte das auch eine Herabdrückung der Gewinne zur Folge haben; denn viele Unternehmungen sind jetzt so eingerichtet, daß sie nur bei einem Massenumsatz prosperieren können. Zu den deutschen Kaufleuten und Fabrikanten darf man wohl das Vertrauen haben, daß sie alles tun werden, um wenigstens im Außenhandel keine bemerkenswerte Einbuße zu erleiden. Werden jetzt den Balkanstaaten genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, so ist immerhin zu hoffen, daß diese Länder in der nächsten Zeit für die verschiedensten Industriezweige ein guter Absatzmarkt sein werden und daß auch die deutsche Industrie daraus Vorteile ziehen wird, direkt dadurch, daß auch sie zu manchen Lieferungen herangezogen wird, indirekt dadurch, daß die Industrien anderer Länder weniger darauf angewiesen sind, mit Schleuderwaren auf dem Weltmarkt hervorzutreten. Die Bedürfnisse die nach dem Frieden in den Balkanstaaten und in der Türkei hervortreten müssen, sind sehr mannigfaltig. Zunächst müssen zweifellos für die Armeen sehr große Ausgaben gemacht werden. Für Festungs- und Feldgeschütze, für Uniformen und Lederwaren, für Gewehre, Säbel usw. wird sich ganz sicher ein großer Bedarf einstellen. Der Eisenbahnbau wird bedeutende Aufträge erforderlich machen, und auch sonst sind viele Werte zerstört worden, die erneuert werden müssen. Ob die Hoffnungen hinsichtlich eines größeren Absatzes von Industrieerzeugnissen in Erfüllung gehen, die nach der Proklamierung der Republik in China hervorgetreten sind, ist allerdings gerade in der letzten Zeit wieder recht zweifelhaft geworden, und wenn auch angenommen werden darf, daß China schließlich noch einmal ein gutes Absatzgebiet für die deutsche Industrie wird, so wird man sich doch damit abfinden müssen, daß China zu einer Milderung des jetzigen wirtschaftlichen Niederganges noch nicht viel beitragen kann.

Haben wir nach außen hin nicht allzuviel Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Rückgang auf den verschiedensten Erwerbsgebieten zu mildern, so stehen uns dafür im Innern verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die Krise zu mildern, den Unternehmern Aufträge und den Arbeitern Verdienst zu geben. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß mit den militärischen Bauten, die vor kurzem im Reichstage beschlossen worden sind, schleunigst begonnen wird und daß sie auch sogleich in großem Umfange in Angriff genommen werden. Da es sich hierbei um Bauten handelt, deren Herstellung verschiedene hundert Millionen Mark kostet, so werden dabei gewiß viele Arbeiter Beschäftigung finden. Dann aber können auch noch viele andere öffentliche Bauten im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden in Angriff genommen werden. Gerade dadurch, daß die Behörden ihre Aufträge, soweit dies möglich ist, in Zeiten rückläufiger Konjunktur vergeben, können sie sehr viel zur Milderung wirtschaftlich ungünstiger Zeiten tun, sie können dadurch einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen, der immerhin von beträchtlicher Bedeutung ist. Ein solcher Ausgleich wäre auch schon deshalb erwünscht, weil dann eine wieder einsetzende günstige Geschäftsperiode nicht so leicht zu spekulativen Ausschreitungen führen würde und weil in einer günstigen Geschäftsperiode, die dann wegen Vorwegausführung vieler öffentlichen Arbeiten nicht so leicht zu einer Ueberspitzung führen könnte, gewiß auch nicht so große Scharen kulturloser, fremdländischer Arbeitskräfte ins Land gezogen würden.

Weiter müssen die Unternehmer besonders bei öffentlichen Arbeiten angewiesen werden, möglichst nur inländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Diese Forderung muß namentlich in Zeiten absteigender Konjunktur erhoben werden. Zehntausende deutscher Bauhandwerker wissen jetzt kaum, wie sie für ihre Familien Brot beschaffen, den Mietzins, die Steuern bezahlen sollen, während dessen sind aber große Scharen von Italienern, Tschechen usw. in Deutschland tätig, die auf das kümmerlichste leben, dafür aber nach jedem Lohntage nicht unerhebliche Summen in die Heimat schicken. Es hat mit Chauvinismus nicht das geringste zu tun, wenn man fordert, daß Ausländer und noch dazu bei öffentlichen Arbeiten nur beschäftigt werden sollten, wenn sich inländische Arbeitskräfte in ausreichender Weise nicht heranziehen lassen. Zweifellos können öffentliche Arbeiten während eines wirtschaftlichen Niederganges auch nicht selten billiger hergestellt werden als in Zeiten der Hochkonjunktur. So werden auch Staat, Provinzen und Gemeinden ihre Rechnung dabei finden, wenn sie die Vergebung ihrer Aufträge nicht in die Zeiten der Hochkonjunktur verschieben, ganz abgesehen davon, daß dadurch so manche Unternehmer vor dem Zusammenbruch und ungezählte Arbeiter vor dem Elend einer langen Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 19. August 1913.

Unser **Württembergischer Verband der Eisenbahner und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und -Arbeiter** hat die Stelle des Generalsekretärs mit dem Landtagsabgeordneten Fischer besetzt. Nachdem Verbandsverwalter Pfister seine Kandidatur zurückgenommen hatte, erfolgte die Wahl Fischers fast einstimmig. Der bisherige Generalsekretär Roth bleibt dem Verbande in Freundschaft verbunden. Der Vorstand hat eine Erklärung einmütig angenommen, daß der Verband an seiner bewährten Stellung festhält und partei- und kirchenpolitisch unabhängig wie bisher, auch ferner bemüht bleibt, die Interessen der Eisenbahner und Dampfschiffler Württembergs energisch zu vertreten. Der Verband erfreut sich einer günstigen Aufwärtsbewegung. Im letzten Quartal vermehrte sich die Mitgliederzahl um 420.

Wir wünschen dem trefflichen Verbande glücklichen Erfolg und der neuen Vorstandschaft recht viel Freude an der Arbeit.

* * *

Ein sozialpolitischer Bremsversuch? Im September soll in Bern eine Konferenz von Regierungsvertretern der meisten Kulturstaaten stattfinden, um über eine internationale Regelung der Maximalarbeitszeit für Frauen und jugendliche Arbeiter und das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter bis zu 18 Jahren zu beraten. Auch die deutsche Regierung wird, wie wir mitteilen konnten, an der Konferenz teilnehmen und hat auch bereits ihre Vertreter bestimmt. Unso befremdlicher mutet eine Notiz an, welche zurzeit die Runde durch die Presse macht. Darin heißt es mit andern Worten, daß die erste Frage für Deutschland belanglos ist, weil hier die Maximalarbeitszeit für Frauen und jugendliche Arbeiter bereits gesetzlich auf 10 Stunden festgelegt ist, worauf auch das internationale Abkommen abzielen soll. Bezüglich des Verbotes der Nachtarbeit aber wird gesagt:

„Daß es möglich sein wird, über ein solches Verbot in Bern zu einem internationalen Abkommen zu gelangen, darf bezweifelt werden. Deutschland wird jedenfalls nicht in der Lage sein, eine Zusage für die Erweiterung seiner Gesetzgebung in dieser Beziehung zu machen. Hierbei ist folgendes zu berücksichtigen: Der Schutz der Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr ist in Deutschland am weitesten von allen Staaten durchgeführt. Die Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht überschreiten; die Arbeitsstunden dürfen nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht über 8 Uhr abends dauern. Regelmäßige Pausen sind vorgeschrieben und ebenso eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden nach Beendigung der Arbeitszeit. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, wenn sie Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigen, bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind. Vorschriften über diese besonderen Rücksichten kann der Bundesrat erlassen. Und schließlich ist der Bundesrat ermächtigt, die Verwendung von jugendlichen Arbeitern für gewisse Gewerbszweige, die mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Durch alle diese Bestimmungen ist die Möglichkeit geboten, die gewerbliche Arbeit Jugendlicher überall da auszuschließen, wo eine gesundheitliche Schädigung in Frage kommen kann. Es kommt weiter hinzu, daß vom medizinischen Standpunkt aus die Notwendigkeit der Heraufsetzung der Schutzfrist bis zum 18. Lebensjahr bisher nicht nachgewiesen ist.

Aus diesen Gründen dürfte Deutschland bei der Konferenz in Bern eine Erweiterung seiner Gesetzgebung zuzusagen nicht in der Lage sein. Zwar haben einige Staaten ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr; dieses Verbot ist aber meistens durch so zahlreiche Ausnahmen eingeschränkt, daß es nahezu illusorisch ist. Deutschlands Standpunkt wird übrigens, dem Vernehmen nach, auch von mehreren anderen Staaten geteilt."

Die Korrespondenz, von der diese Notiz verbreitet wird, steht in enger Fühlung mit einigen Reichsämtern. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß man es hier mit einer offiziösen Meinungsäußerung zu tun hat. Das wäre sehr bedauerlich, denn die sozialpolitische Ausbeute der letzten Zeit war recht dürftig. Außerdem hätte es dann überhaupt keinen Zweck, daß Deutschland die Konferenz in Bern beschickt.

* * *

Zu der Frage der paritätischen Facharbeitsnachweise hat Dr. Freund-Berlin, Vorsitzender des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, in Nr. 46 der „Soz. Prax." Stellung genommen. Er geht aus von den Vorwürfen, daß der paritätische Arbeitsnachweis in seiner heutigen Form benutzt werde, um einseitig die Interessen einer bestimmten Organisationsrichtung zu fördern, und er untersucht die Maßnahmen, durch die eine erhöhte Sicherheit für die unparteiische Handhabung der Arbeitsvermittelung geschaffen werden kann. Arbeitsnachweise, wie sie heute bestehen, durch die die Mitglieder der vertragschließenden Organisationen bevorzugt werden, will Dr. Freund nicht als öffentliche Arbeitsnachweise gelten lassen, weil der öffentliche Arbeitsnachweis allen Interessenten ohne Beschränkung in gleicher Weise zugänglich sein müsse. Um den Arbeitsnachweis im öffentlichen Interesse zu organisieren, müßte neben den Arbeitsnachweis der Organisationen ein öffentlicher Facharbeitsnachweis treten. Eine solche Zersplitterung in der Arbeitsnachweisorganisation hält Dr. Freund aber für unerwünscht. Deshalb möchte er den jetzigen Arbeitsnachweis anders gestalten. Folgende Grundsätze müssen seiner Meinung nach dabei Berücksichtigung finden:

1. Die Organisation der Facharbeitsnachweise erfolgt durch den Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises (Gemeinden oder Vereine).
2. Für die Verwaltung der Facharbeitsnachweise werden unter Aufsicht des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises besondere Kuratorien bestellt, welchen die Vertreter der verschiedenen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören. Neben diesen Vertretern können dem Kuratorium Vertreter des Trägers des öfentlichen Arbeitsnachweises angehören.
3. Die Beamten der Facharbeitsnachweise werden von dem Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises bestellt und bezahlt. Sie sollen für das betreffende Gewerbe sachverständig sein.
4. Die gesamten Kosten der Facharbeitsnachweise werden von dem Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises getragen. Die Erhebung einer Einzelgebühr von den den Arbeitsnachweis benutzenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist zulässig.

In vieler Beziehung decken sich diese Grundsätze mit der Auffassung, die von uns stets vertreten worden ist. Die „Soz. Prax." kann sich jedoch damit nicht völlig einverstanden erklären und stellt eine weitere Besprechung in Aussicht. Es wird sich dann Gelegenheit finden, noch einmal gründlicher auf diese wichtige Frage einzugehen.

* * *

Arbeiterbewegung. Auf den „Brennaborwerken" in Brandenburg dauert die Aussperrung fort. Die Firma ist bemüht, den Betrieb mit gelben und ähnlichen Elementen aufrecht zu erhalten und Arbeitswillige heranzuziehen. — In Chemnitz nimmt auch der Streik der Töpfer seinen Fortgang. Es handelt sich um Differenzen, die auf den Arbeitsnachweis zurückzuführen sind.

In Catalonien wird der Ausstand noch immer fortgesetzt. Die spanische Regierung hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, der Bewegung ein Ende zu machen. Trotz der Zusicherung, die Arbeitszeit auf 60 Stunden wöchentlich festzusetzen und die Löhne um 10 Proz. zu erhöhen, weigern sich die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen.

* * *

Für die Neutralität der Berufsorganisationen hat sich der verstorbene Bebel einst energisch ins Zeug gelegt. Daran erinnert in seinem Nachruf das „Correspondenzblatt der Generalkommission". Es war auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover i. J. 1897, wo Bebel ausdrücklich erklärte, daß es im höchsten Interesse der Gewerkschaften liege,

„wenn sie sich möglichst fern von der politischen Partei halten. Wie wollen sie sonst die katholischen Arbeiter gewinnen? Aus den Gewerkschaften muß die Politik heraus. Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht sozialdemokratisch, sie ist eine proletarische Klassenbewegung."

Heute gilt dagegen der Satz: „Partei und Gewerkschaften sind eins." In den „freien" Verbänden wird ganz offen sozialdemokratische Politik und Agitation getrieben. Den Standpunkt, den Bebel in Hannover vertreten hat, nehmen heute lediglich die Deutschen Gewerkvereine ein.

* * *

Ein Konflikt im Haupttarifamt für das Baugewerbe. Nachdem sich erst kürzlich das Haupttarifamt für das Baugewerbe konstituiert und seine nächste Sitzung zur Erledigung tariflicher Streitigkeiten auf den 1. Oktober festgesetzt hat, haben jetzt, wie die „Leipz. Volksztg." mitteilt, die unparteiischen Vorsitzenden durch den Magistratsrat Dr. v. Schulz an die am Reichstarif für das Baugewerbe beteiligten Organisationsvorstände die Mitteilung ergehen lassen, daß sie sich außer Stande sehen, die Geschäfte des Haupttarifamtes weiter zu führen, und daß sie deshalb die ihnen anvertrauten Aemter niederlegen.

Als Ursache ihrer Entschließung bezeichnen die Unparteiischen den Inhalt eines Artikels im freigewerkschaftlichen „Zimmerer" Nr. 30 vom 20. Juli d. J., der die Ueberschrift „Korruptionserscheinungen im Tarifverhältnis für das Baugewerbe" trägt, und den sie für sich als beleidigend ansehen. Wenn es nicht gelingen sollte, den Unparteiischen eine Rechtfertigung zu geben, durch die sie sich bestimmen lassen, das ihnen übertragene Amt dennoch auszuführen, dürfte die mit vielen Mühen zu Ende geführte Tarifbewegung aufs neue eine arge Störung erleiden. Es dürfte schwerlich in dieser Tarifperiode die Neukonstituierung des Haupttarifamts gelingen, was selbst nach Ansicht des sozialdemokratischen Blattes bei den häufigen Versuchen der Unternehmer, nachträglich in den Tarifvertrag allerlei unberechtigte Bestimmungen hineinzubringen, oder sich überhaupt um den Vollzug des örtlichen Vertrages zu drücken, für die Arbeiter vielfach von Nachteil sein dürfte.

Gewerkvereins-Teil.

§ **Gelsenkirchen.** Am 10. August hat hier die Gewerbegerichtswahl stattgefunden, die leider gezeigt hat, daß die Arbeiter für diese sozialen Wahlen noch recht wenig Interesse haben. Sind doch von 10 796 eingezeichneten Arbeitnehmern nur 1656 zur Wahl gegangen. Ein Teil der Schuld trifft die Behörde, die nicht nur zu wenig Wahllokale bestimmt, sondern auch zu kleine Räume dafür gewählt hatte. Stundenlang mußten die Wähler stehen, bis sie ihr Wahlrecht ausüben konnten, und viele gingen unverrichteter Sache wieder fort. In den Wahllokalen herrschte eine fürchterliche Unordnung, gegen die auch die anwesenden Polizeibeamten machtlos waren. Dazu kommt, daß die Wählerlisten sehr unübersichtlich angelegt waren, so daß es oft recht lange Zeit dauerte, bis die Namen aufgefunden wurden. Hoffentlich wird bei späteren Wahlen seitens der Behörde den Anforderungen besser genügt als dieses Mal.

Das Ergebnis der Wahl war, daß die christlichen Gewerkschaften 619 Stimmen und 6 Beisitzer, die „freien" Gewerkschaften 689 Stimmen und 7 Beisitzer und die Deutschen Gewerkvereine 348 Stimmen und 3 Beisitzer erhielten. Für uns ist insofern trotz der geringsten Stimmenzahl ein Erfolg zu verzeichnen, weil wir allein eine Stimmenzunahme von 36 zu verzeichnen und außerdem einen Beisitzer mehr durchgebracht haben als bei der vorigen Wahl. Die beiden andern Richtungen haben an Stimmenzahl verloren; die Christlichen haben 2 Beisitzer eingebüßt.

Unsere Gewerkvereinskollegen haben bei dieser Wahl ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. In der ganzen Zeit der Wahlbewegung herrschte volle Einmütigkeit. Jeder war auf dem Posten und beteiligte sich an den Vorarbeiten. Umso erfreulicher ist der errungene Erfolg, der uns aber keinen Anlaß geben wird, die Hände in den Schoß zu legen. Unsere Gegner werden mit allen Mitteln arbeiten, uns das Feld streitig zu machen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, wenn in allen Ortsvereinen die Einigkeit und Geschlossenheit beobachtet wird wie jetzt bei der Gewerbegerichtswahl. Wir stehen unmittelbar vor den Krankenkassenwahlen. Auch hier kann bei eifriger Mitarbeit aller ein Erfolg erzielt werden. Die Wahlen für die Ortskrankenkasse sind gut vorbereitet. Jetzt heißt es nicht nur die Kollegen, sondern auch Freunde für die Wahl, die schon am 17. September stattfindet, zu begeistern.

Kollegen, denkt an die Worte, die der Ortsverbandsvorsitzende am Schlusse der Wahlversammlung euch zurief: So einig wie bei der Gewerbegerichtswahl wollen wir auch für die Zukunft bleiben. In

der Einigkeit und im festen Zusammenhalt liegt der Schlüssel zum weiteren Fortkommen unserer Gewerkvereinsbewegung. Fort mit aller Kleinkrämerei und kleinlicher Kritik! Sachlich wollen wir uns auseinandersetzen, ohne jemanden persönlich damit zu treffen. Tausende von Arbeitern haben den Anschluß an die Organisation noch nicht gefunden. In jedem Betriebe in Gelsenkirchen ist noch sehr viel Aufklärungsarbeit notwendig. Arbeiten wir gemeinsam, so können wir noch sehr viel Mitstreiter für die Gewerkvereine gewinnen. Handelt danach, Kollegen, dann wird der Erfolg auch in der Arbeit für die Gewerkvereinssache uns Freude machen!

Verbands-Teil.

An die Vertrauensmänner der Begräbniskasse des Verbandes.

Auf vielfache Anfragen geben wir nachstehende Auskunft und bitten um gefl. Beachtung:

Durch den Ausbau der Begräbniskasse des Verbandes sind für die Mitglieder, welche bereits am 29. Juli 1913 der Begräbniskasse angehörten, Aenderungen nicht vorgenommen. Diese Mitglieder behalten ihre Bücher, bezahlen die bisherigen Beiträge in gewohnter Weise an den Vertrauensmann, **kurzum, es bleibt für sie alles beim alten.**

Wird von einer in der Begräbniskasse des Verbandes bereits versicherten Person eine Höherversicherung, also Nachversicherung beabsichtigt, sogilt das als neue Versicherung.

Für jede Nachversicherung sowie bei Neuaufnahmen ist Einschreibegeld zu zahlen, und zwar für je 100 Mark Versicherungssumme 20 Pfg. Die Versicherungsnummern und die Satzung nebst Quittungsbuch werden nach Einsendung der Gesundheitsscheine den Vertrauensmännern durch den Hauptvorstand zugesandt. Die Abrechnung mit der Hauptkasse bleibt in der bisherigen Weise bestehen. Die mit dem Material zugesandten Abschlußformulare kommen zur Benutzung.

Neu eintretende Mitglieder können sich nur in den neuen Stufen mit 100—500 Mk. versichern.

Der Vorstand.

Rudolf Klein, Hauptkassierer.

Quittung über eingesandte Beträge für die Verbands- und Organkasse pro II. Quartal 1913.

Bauhandwerker: Hauptkasse Mk. 179,50, Charlottenburg 5,01. **Bergarbeiter:** Hauptkasse 37,50. **Bildhauer:** Hauptkasse 112,44. **Eisenbahner** (Württ.): Hauptkasse 600,—, Eisenbahner-Breslau 50,—. **Fabrik- und Handarbeiter:** Hauptkasse 2349,48. **Gemeindearbeiter:** Hauptkasse 17,50. **Holzarbeiter:** Hauptkasse 1309,92. **Kellner:** Hauptkasse 40,—. **Konditoren:** Hauptkasse 26,75. **Maler, Lackierer usw.:** Hauptkasse 262,59. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Hauptkasse 7698,29, Stettin-Bredow 5,25, Wetter 3,80. **Schneider:** Hauptkasse 943,98. **Schuhmacher u. Lederarbeiter:** Hauptkasse 1285,10. **Textilarbeiter:** Hauptkasse 1354,15, Pulsnitz 4,50. **Töpfer:** Hauptkasse 211,17. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Hauptkasse 280,46. **Reepschläger-Danzig** 4,50. **Brauer:** Bremen 13,64, Dortmund 15,—, Dresden 18,60, Duisburg 6,—, Fürth 4,80, Gera 3,30, Görlitz 3,60, Jena 1,92, Karlsruhe 2,76, Weißenfels 4,14. **Maschinisten-Hamburg:** 28,20. **Kellner-Bremen:** 35,16. **Kellner-Schöneberg:** 9,—. **Selbst. Berufe-Potsdam:** 100,—. **Privat:** R. Müller-Berlin 0,93, Verein für bergbauliche Interessen 7,—, Gewerkschaftsverein in München 7,05, Ortsvereine im Saarrevier 12,—. **Summa Mk. 17 054,99.** Verkaufte Drucksachen Mk. 175,63, Inserate Mk. 7,50.

Berlin, im August 1913.

R. Klein, Verbandskassierer.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr zwanglose Zusammenkunft im Verbandshause. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Uebungsstunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal) Gäste willk. — Sonnabend, **23. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8½ Uhr, bei Gutzit Bergstraße 69. T.-O. dort. Abrechnung der Bilds vom Sommerfest. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr mit Damen Fruchtstr. 36a. Mitteilungen. Beschlußfassung über die Erhöhung des Lokalzuschlags. Vortrag von Frau A. Feist über: „Frauenstimmrecht". Anschließend Tanz. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8½ Uhr Versamml. mit Damen Gerichtstraße 71. Geschäftliches und Tagesfragen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8½ Uhr mit Damen im Verbandshause. Vortrag „Berlin und die Berliner v. 1806 1815". Wahl eines Bibliothekars.— **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 9 Uhr bei Eichner Markthallen-Restaurant, Arminiusplatz. T.-O. daselbst. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr Zahlabend bei Krull, Putbuserstraße 52. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr Zahlabend im Nordwestkasino, Alt-Moabit 55—56. Sonntag, 24. August, Familienausflug nach Vergnügungspark „Jungfernhaide" Tegeler-Weg 74—75.

Frauen und Mädchen Berlin I. Freitag, den 22. August, abends 8½ Uhr im Blüchervereinshaus, Blücherstraße 61. Vortrag des Verbandskassierers Koll. Klein über: „Das Armenwesen der Stadt Berlin".

Orts- und Medizinalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung in Burhops Gesellschaftshaus, Bremen, Nelkenstraße. — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowerstr. 42. — **Dessau.** Gewerkvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Uebungsst. i. Vereinsl. „Fasan", Marktstr. — **Elberfeld-Barmen** (Ortsverband.) Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämper, Elberfeld, Luisenstr.- und Erholungsstr.-Ecke. — **Frankfurt a. O.** (Gewerkvereinssängerchor). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal, Richtstr. 16. Verbandskollegen herzl. willkommen! — **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7—9 Uhr, Diskutierstunde im Lokal von C. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Aachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskutierabend bei Ludewigs. — **Hamburg** Ortsverb.) Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im Restaurant „Viehhof", Lagerstraße 2. Diskutierabend. — **Hamburg** (Gewerkvereinsliedertafel). Jeden Donnerstag Uebungsst. b. Thönert in Altona, Elmsbüttelerstr. 48-50. — **Herne** (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Wm. Wilh. Kuhe, Bahnhofst. gegenüb. der evang. Kirche. — **Iserlohn.** Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpke. — **Köln** (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertretersitzung in der Lenz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig** (Gewerkvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Möller, Sandstraße 38. — **Schmölln** (Ortsverband). Sonntag, **24.** August, nachm. 4 Uhr in Crimmitschau, Rest. Stadt Altenburg. T.-O.: Wahl eines Vorsitzenden. Protokoll. Vortrag. Verschiedenes. — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerkvereine). Die Uebungsstunde finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nevel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Stettin** (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Nebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. — **Tegel** (Diskutierklub für Tegel, Borsigwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Schieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn** (Bäcker). Jeden Sonntag nach dem 1., Kreisvereinsversammlung bei Nicolei, Mauerstr. 62. — **Weißenfels a. S.** (Gesangverein „Harmonie" der Deutschen Gewerkvereine.). Uebungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten". Gesanglebende Gewerkvereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels** (Ortsverband). Jeden **1.** Sonnabend im Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheintal".

Aenderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Charlottenburg (Maschinenbau- und Metallarb.). Hirseland, Kassierer, Tauroggenerstr. 41, Qu. 3 Trp.

Görlitz (Ortsverb.). B. Janke, Vorsitzender, Elisabethstr. 23. E. Lubig, Kassierer, Brautwiesenstr. 28.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.

Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Untersuchungen über das Versicherungswesen in Deutschland. Herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

Der Tabaktrust und seine Gefahren für Deutschland. Von Rudolf Goerrig. 6. bis 145. Tausend. Spesenfrei zu beziehen vom Verband zur Abwehr des Tabaktrustes, Dresden-A., Ringstr. 18 III.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Für jeden

strebsamen Gewerkvereiner

sind folgende soeben erschienene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Verbearbeit unentbehrlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;

Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von W. Gleichauf;

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, **Berlin NO. 55.,** Greifswalderstr. 221-223, zu richten.

Gesunder, intelligenter, 42 Jahre alter **Bürogehilfe,** (Halbinvalide infolge Beinunfalls), mit allen Büroarbeiten, Spedition, Lohn-Akford- u. Kassenwesen, amerik Buchführung vertraut, sucht, gestützt auf prima Zeugnisse, ähnliche Stelle. Offert. an J. Ecken, Saarbrücken III, Nauwieserstr 42.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten

Lübeck (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 1 Mk. bei E. Berndt, Cronsforder-Allee 65a.

Pasewalk. Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten eine Unterstützung bei A. Herholz, Klosterstr. 1.

Sprottau-Eulau (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkvereiner erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen P. Schienert in Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebendaselbst.

Weißenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Senftenberg und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Otto Kuhnke, in Jüttendorf bei Senftenberg. Herberge zum Uebernachten im Restaurant zum „Waldhof" in Senftenberg.

Sommerfeld (Ortsv.). Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 50 Pfg. beim Verbandskassierer Koll. Unglaube, Sommerfeld, Morgenstr. 267.

Zittau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinskassierern, für die fehlenden Berufe beim Ortsverbandskassierer P. Brendler, Löbauerstr. 64.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Rheinthal" (Rheinstr. 4.)

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsgeschenk i. Gewerkvereinsbureau, Krimstr. 7. Daselbst befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Görlitz (Ortsverb.). Durchreisende Arbeitslose erh. Unterstützung bei Heinze, Biesnitzerstr. 74.

Hirschberg (Ortsverband). Die Unterstützungsmarken erhalt. durchreisende Gewerkvereinskollegen bei H. Klemm, Markt 8.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Möller, Greifgasse 2, Ecke Oberlauengasse.

Biberach a. Riß (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgeschenk, beim Ortsverbandskassierer J. Schneider, Saulgauerstr. 24. Herberge zum roten Ochsen, Marktplatz.

Forst i. L. Für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Cöln und **Mülheim a. Rh.** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerkvereinsbureau, Severinstr. 156.

Hohenmölsen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Kohl, Nordstr. 10.

Dirschau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Prenzlau (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei Dittmar, Fischerstr. 666.

Lippstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pfg. gezahlt bei K. Tollwert, Böckenförderstraße.

Durch unser Verbandsbureau, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23, zu dem Vorzugspreise von 20 Pfg. zu beziehen ist die Schrift:

Die Schwindsucht der Arbeiter

ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung

von

Prof. Dr. Th. Sommerfeld.

64 Seiten 8°.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goedecke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 116.